

23. Juni 2015

Gemeinsame PM der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Nidda zu Untersuchungen von potentiellen WEA-Flächen in Ranstadt

(Nidda) „Das Ende der Verbrennung fossiler Energien, bedeutet den Anfang für den Klimaschutz und der Ausstieg aus der Kernkraft bedeutet den Anfang einer lebensgerechten Zukunft. Der Preis den wir dafür zahlen müssen, wollen wir nicht auf Strom verzichten, ist die Gewinnung Erneuerbarer Energien, die uns hierfür unendlich zur Verfügung stehen.“ erklärt Marcus Stadler für die Niddaer Grünen in einer gemeinsamen Presseerklärung mit der SPD-Fraktion zur Situation der Energiewende in Nidda. „Wir stehen zu den Ergebnissen des hessischen Energiegipfels von 2011 und nehmen diese mit einer Zielvorstellung der Ausweisung von Windvorrangflächen von 2% der Landesfläche als Fahrplan für unsere eigenen Planungen. Jeder muss seinen Beitrag in der Energiewende leisten, sonst gelingt sie nicht. Wer selbst Energie verbraucht, kann schlecht mit dem Finger auf andere zeigen und versuchen sich aus der Affäre zu ziehen.“

„Wir haben gemeinsam ein Klimaschutzkonzept für Nidda auf den Weg gebracht, mit dem Ziel der Klimaneutralität der Stadt. Dieses ist für uns der Leitfaden zu diesem Prozess, den wir konsequent verfolgen. Verantwortung übernehmen heißt verantwortlich handeln.“ kommentiert Christine Jäger Fraktionsvorsitzende der SPD in Nidda. „Mit vielen Schritten, großen wie kleinen, wollen wir in Nidda den Weg zur klimafreundlichen Kommune umsetzen, dazu gehört auch eine Prüfung der Standorte für mögliche Windkraftanlagen. Daher geht die Stadt Nidda nach einem einstimmigen Beschluss der Stadtverordneten den Weg einer sachlichen Teiländerung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen. Neben der Erreichung unserer Klimaschutzziele wollen wir damit aber auch unsere Gestaltungsspielräume für Nidda jetzt und weiter in Zukunft nutzen.“

„Derzeit läuft die überregionale Planerstellung durch das Regierungspräsidium (RP) in Darmstadt. Jetzt nicht zu handeln heißt für eine Kommune das Zepter über die eigene

Gemarkung abzugeben und dem RP diese Planung gänzlich zu überlassen. Denn stellt eine Gemeinde in einem bestimmten Bereich Flächen für die Windeenergienutzung selbst dar, bedeutet das den Ausschluss aller anderen Flächen. Diese „positive Standortzuweisung“ gibt der Stadt ein effektives Mittel in die Hand, um die Errichtung von Windenergieanlagen in ihrem Gebiet zu steuern und räumlich zu beschränken“ erklärt Marcus Stadler, Vorsitzender des Klimaausschusses in Nidda die Rechtslage. „Voraussetzungen für die Anerkennung dieser Planung ist die Anwendung der Kriterien der Landesentwicklungsplanung, eine willkürliche Verhinderungsplanung ist unzulässig.“

„Nach Stadtverordnetenbeschluss wurde die Planung in Nidda seit 2013 in größtmöglicher Transparenz durchgeführt. Es gab Workshops mit Politik, Verwaltung und Ortsvorstehern, Bürgerversammlungen und Ausschusssitzungen mit Einbindung der Bevölkerung. Geplante Standorte von Windkraftanlagen wurden besichtigt, Ortsbeiräte gehört und allen wurden Informationen gegeben. Ergebnisse und Gutachten wurden der Bevölkerung von Nidda vorgestellt. Da zur Zeit im Stadtgebiet noch systematische Untersuchungen durchgeführt werden und auch die tatsächlichen möglichen Potentialflächen für Windkraftnutzung noch nicht feststehen, wollen die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN einen Antrag in die Juli-Sitzung der Stadtverordneten in Nidda einbringen, der sich auf die Planungen in der Gemarkung Ranstadt bezieht,“ beschreibt Christine Jäger die nächsten politischen Schritte.

„Bis zur Planfeststellung durch den RP befindet sich eine Gemeinde ohne eigenes Verfahren zur Ausweisung von Windvorrangflächen quasi in einem Planungsvakuum. In dieser Phase kann sich jeder Grundstückseigentümer im Außenbereich in vereinfachtem Prüfverfahren nach BIMSchV Anlagen genehmigen lassen. Die Kommune selbst hat dann keinerlei Mitspracherecht mehr. Dieser Fall tritt in unserer Nachbargemeinde Ranstadt ein, die damit Investoren private Flächen zur freien Verfügung stellt“ beschreibt Marcus Stadler die Situation. „Kürzlich wurde bekannt, dass ein privater Waldbesitzer in der Gemarkung Ranstadt im Bereich „Rühlskopf“ durch den Auftraggeber ABO Wind, Wiesbaden, Voruntersuchungen für Potenzialflächen für Windräder vornimmt. Im Genehmigungsverfahren sind für die Betreiber auch hier hohe Hürden gesetzt, aber die Einbindung der Bürger entfällt.“

„Für Nidda können sich durch diese privaten Pläne des Investors Planungskollisionen zur unserer eigenen städtischen Planung ergeben. Im Raum Wallernhausen könnten sich dadurch planerisch übermäßig erhöhte Anlagenkonzentrationen und die Bürger belastende Standorte ergeben, die wir durch unsere eigene ausgeglichene Planung ausschließen wollen,“ erklären Christine Jäger und Marcus Stadler für ihre Fraktionen gemeinsam, und weiter „deshalb werden die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit einem Antrag in der Juli-Sitzung der Stadtverordneten den Magistrat auffordern, dem Regierungspräsidium in Darmstadt mitzuteilen, dass die Errichtung von Windkraftanlagen in der Nachbargemeinde Ranstadt im Bereich „Rühlskopf“ zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht befürwortet werden kann und die Planung unbedingt mit der Planung der Stadt Nidda abzugleichen und abzustimmen ist.“